

Unternehmen und Strafe

Vorsorge- und Krisenmanagement

Herausgegeben von

Dr. Gerd Eidam

Rechtsanwalt und Mediator in Burgwedel

Unter Mitarbeit von

Dr. Harriet Eidam, MM

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Verkehrsrecht, Fachanwältin für Versicherungsrecht und Mediatorin

Kirsten Stang

Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Braunschweig

Raimund Weyand

Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Saarbrücken

4., neubearbeitete und erweiterte Auflage

Carl Heymanns Verlag 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungen	XIX
Literaturverzeichnis	XXVII
 Kapitel 1. Unternehmen im Zeitalter der Dienstleistungswirtschaft	 1
A. Stichwort: Spezialisierung	2
B. Stichwort: Just-in-time (j. i. t.)	3
C. Stichwort: Risiko	3
D. Stichwort: Leistungs- und Entscheidungsdruck	9
E. Stichwort: Unternehmen und Gesellschaft	10
 Kapitel 2. Die »Schauplätze«	 12
A. Wirtschaft und Industrie	12
B. Unternehmen und Betrieb	13
I. Betriebswirtschaftliche Betrachtung	14
II. Juristische Betrachtung	14
C. Die Gerichte	19
I. Das Amtsgericht	19
II. Das Landgericht	22
III. Das Oberlandesgericht (OLG)	24
IV. Der Bundesgerichtshof (BGH)	25
D. Öffentlichkeit und Medien	27
I. Öffentliche Reaktionen auf Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Unternehmensangehörige	28
II. Der Einfluss der Medien auf die Strafrechtspflege	36
 Kapitel 3. Die Betroffenen im Unternehmen	 39
A. Unternehmer – Manager – Führungskräfte	39
I. Der historische Hintergrund	39
II. Wirtschaftliche Betrachtung	41
III. Juristische Betrachtungsweise	42
IV. Leitende Angestellte – Führungskräfte	43
B. Aufsichtsrat	45
I. Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft (AG)	45
II. Das Aufsichtsorgan der GmbH	47
C. Betriebsbeauftragte	48
I. Die Umweltschutzbeauftragten	49
II. Der Datenschutzbeauftragte	57
III. Der Sicherheitsbeauftragte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit	57
IV. Compliance-Officer	58
D. Zusammenfassung und strafrechtliche Würdigung	59
E. Spezialfall »Amtsträger«	61
I. Begriff	61
II. Aktuelle Entwicklung	66
III. Exkurs: Amtsträger als Garant	67

Kapitel 4. ... und Strafe	71
A. Zivilrecht – Strafrecht: Unterscheidungsmerkmale	72
I. Bestimmtheitsgebot und Vertragsfreiheit	72
II. Stichwort: Der unbestimmte Rechtsbegriff – die Technikstandards	75
III. Leistung und Strafe	76
IV. Liberalitätsprinzip und Legalitätsprinzip	77
V. Faktor Zeit	77
VI. Beweisführung	78
VII. Individuelle Haftung	78
B. Die Straftat	79
I. Der Aufbau der Strafvorschriften	81
II. Die tatbestandsmäßige Handlung	88
III. Vorsatz/Fahrlässigkeit	92
IV. Der Versuch	97
V. Die Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe	98
VI. Schuld	100
VII. Strafe	101
VIII. Verjährung im Strafrecht; Bundes- und Gewerbezentralregister	104
IX. Verlauf eines Strafverfahrens	113
C. Ordnungswidrigkeitenverfahren	114
I. Darstellung	114
II. Verjährung im Ordnungswidrigkeitenrecht	117
III. Der Verlauf eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens (Bußgeldverfahren)	121
D. Die Täter im Strafrecht	121
 Kapitel 5. Die zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	132
A. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	135
I. Die Haftung des Unternehmens	135
II. Haftung des Vorstands einer AG gegenüber dem Unternehmen	136
III. Haftung des Geschäftsführers einer GmbH gegenüber dem Unternehmen	140
IV. Haftung von Vorstand bzw. Geschäftsführer gegenüber Dritten	144
V. Die Haftung des Aufsichtsrats gegenüber der eigenen Gesellschaft	149
VI. Die Haftung des Aufsichtsrats gegenüber Dritten	152
VII. Haftung des Verwaltungsrats einer deutschen SE gegenüber der eigenen Gesellschaft ...	153
VIII. Haftung der geschäftsführenden Direktoren einer deutschen SE gegenüber der Gesellschaft	154
IX. Haftung des Verwaltungsrats und der Geschäftsführenden Direktoren einer deutschen SE gegenüber Dritten	154
X. Stichwort: Corporate Governance	154
XI. Die Haftung leitender Angestellter gegenüber ihrem Unternehmen	162
B. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	163
I. Die echte Delikthaftung	165
II. Unterlassungsdelikte	166
III. Die sogenannte Vertreterhaftung	194
IV. Die sogenannte Beauftragtenhaftung	200
V. Die eigenständigen, mit Buße belegten Aufsichtspflichtverletzungen	205
VI. § 30 OWiG, die sogenannte Verbandsgeldbuße	217
VII. Straftäter Unternehmen	242
VIII. Die Strafbarkeit von Unternehmen – Ein internationaler Überblick	261
IX. Das Verbot der Doppelbestrafung in den Schengen-Staaten	309

Kapitel 6. Organisation und Delegation im Unternehmen – Formen und Auswirkungen	319
A. Gelebte Organisation	322
B. Organisationsformen	324
I. Das Leitungssystem (Einliniensystem)	325
II. Das Funktionssystem (Mehrliniensystem)	326
III. Das Liniensystem mit Querfunktion	326
IV. Matrixorganisation	327
V. Matrixorganisation bei Produktmanagement	328
VI. Die Organisationsform des Lean Managements	329
VII. Von der Pyramide zum Netzwerk	331
C. Verantwortung kraft speziellem Organisationsplan	332
D. Die strafrechtliche Verantwortung der Mitarbeiter anhand des Unternehmensorganigramms – Beispiel	333
E. Delegation	334
I. Die Generalverantwortung der Geschäftsleitung	337
II. Verantwortung kraft funktioneller Sachzuständigkeit	343
III. Verantwortung kraft tatsächlichen Handelns	344
IV. Verantwortung aus besonderem Anlass in Ausnahmesituationen	345
V. Gegenseitiges Vertrauen im Unternehmen	348
VI. Strafrechtliche Verantwortung bei Kollegialentscheidungen in der Geschäftsleitung	354
F. Die Bedeutung klarer Strukturen für das Unternehmen im Strafverfahren	361
 Kapitel 7. Die vier strafrechtlichen Hauptrisikobereiche des Unternehmens	362
A. Beispiele	365
B. Die erste Hauptfallgruppe: das strafrechtliche Umweltrisiko	366
I. Das zivilrechtliche und verwaltungsrechtliche Umweltrisiko	373
II. Das strafrechtliche Umweltrisiko	381
C. Entwicklung der Umweltdelikte	389
I. Anstieg der Umweltschutzvorschriften	389
II. Verwaltungsrechtsakzessorietät/Verwaltungsaktakzessorietät des Umweltstrafrechts	390
D. Die einzelnen umweltrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände	392
I. Gewässerverunreinigung – § 324 StGB	392
II. Bodenverunreinigung – § 324a StGB	399
III. Luftverunreinigung – § 325 StGB	404
IV. Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nicht ionisierenden Strahlen – § 325a StGB	411
V. Unerlaubter Umgang mit Abfällen – § 326 StGB	413
VI. Unerlaubtes Betreiben von Anlagen – § 327 StGB	436
VII. Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern – § 328 StGB	445
VIII. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete – § 329 StGB	446
IX. Besonders schwere Umweltgefährdung – § 330 StGB	451
X. Schwere Umweltgefährdung durch Freisetzen von Giften	452
XI. Beschädigung und Zerstörung von Naturdenkmälern	453
XII. Herbeiführung einer Explosion durch Kernenergie	453
XIII. Missbrauch ionisierender Strahlen	454
XIV. Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens	454
XV. Freisetzung ionisierender Strahlen	455
XVI. Fehlerhafte Herstellung einer kerntechnischen Anlage	455
XVII. Herbeiführung einer Überschwemmung	455
XVIII. Verkehrsdelikte	455
XIX. Gemeingefährliche Vergiftung	456

XX.	Strafrechtliche Nebenbestimmungen	456
XXI.	Umweltrelevante Ordnungswidrigkeiten	457
XXII.	Konkurrenzen; Rechtsfolgen; Nebenfolgen	459
XXIII.	Strafbarkeit von Amtsträgern im Umweltrecht	460
XXIV.	Exkurs: Der Amtsträger als Unternehmer	460
XXV.	Exkurs: Mitarbeiter – Straftaten im Ausland	463
E.	Die zweite Hauptfallgruppe: das strafrechtliche Betriebsstättenrisiko	466
I.	Definition	466
II.	Betriebsstätte	469
III.	Risikobeispiele	469
IV.	Die einschlägigen Rechtsvorschriften	470
V.	Arbeitszeitgesetz	472
VI.	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	473
VII.	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung	478
VIII.	Beitragsvorenthaltung – § 266a StGB	480
IX.	Schwerbehindertenschutz	484
X.	Bundesdatenschutzgesetz	485
XI.	Betriebsverfassungsgesetz	487
XII.	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	488
XIII.	Urheberrecht	490
XIV.	Fahrlässige Brandstiftung	497
XV.	Korruptionsdelikte	498
XVI.	Steuergesetze	544
XVII.	Die Insolvenzverschleppung – § 15a InsO	563
XVIII.	Strafrechtliche Würdigung des Aktiengesetzes	569
XIX.	Strafrechtliche Würdigung des GmbH-Gesetzes	578
XX.	Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz	585
XXI.	Subventionsbetrug – § 264 StGB	593
XXII.	(Submissions-) Betrug	595
XXIII.	Kartellrecht	610
XXIV.	Computerkriminalität	617
XXV.	Telekommunikationsdelikte	625
XXVI.	Kreditbetrug (§ 265b StGB); Bilanzdelikte des HGB	627
XXVII.	Weitere Delikte aus dem Betriebsstättenbereich	629
F.	Die dritte Hauptfallgruppe: Das strafrechtliche Produktrisiko	644
I.	Produktrisiko	647
II.	Strafrechtliche Produktverantwortung und zivilrechtliche Produkthaftung	649
III.	Beispiele für Strafverfahren wegen Körperverletzung und/oder fahrlässiger Tötung	658
IV.	Beispielfälle aus dem Nebenstraft- und Ordnungswidrigkeitenrecht	692
G.	Die vierte Hauptfallgruppe: das Verkehrs- und Verkehrswirtschaftsrisiko	717
I.	Abgrenzung Verkehr – Verkehrswirtschaft	717
II.	Der verkehrsrechtliche Bereich	718
III.	Das Risiko im verkehrswirtschaftlichen Bereich	729
H.	Beispiele für übergreifende Risikobereiche	740
I.	Betriebsstätten- und Umweltrisiko	740
II.	Produkt- und Umweltrisiko	740
III.	Verkehrs- und Umweltrisiko	740
IV.	Produkt- und Betriebsstättenrisiko	741
V.	Betriebsstätten- und Verkehrsrisiko	741
VI.	Verkehrs- und Produktrisiko	741
VII.	Verkehrs-, Umwelt-, Betriebsstätten- und Produktrisiko	741

Kapitel 8. Die am Strafverfahren Beteiligten	743
A. Die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen	743
I. Überblick	743
II. Spezialisierung und Konzentrierung	752
III. Schwerpunkt: Korruption	753
IV. Steuer- und Zollfahndung	759
B. Verdächtiger, Beschuldigter, Angeschuldigter, Angeklagter, Betroffener	761
C. Der Verteidiger	765
D. Verteidigung durch Justitiare und Syndizi	772
I. Funktion der Rechtsabteilung im Strafverfahren	775
II. Verfahrensbeendende Absprachen – Der sogenannte »Deal«	777
III. Verbot der Mehrfachverteidigung	781
E. Die Bedeutung des Sachverständigen	784
F. Die Rechte und Pflichten des Zeugen	788
G. Der Ermittlungsrichter	790
 Kapitel 9. Das strafprozessuale Szenario im Ermittlungsverfahren	792
A. (Vor)ladung zur Vernehmung	792
B. Die Beweismittel	795
I. Augenschein	795
II. Urkundsbeweis	796
III. Zeuge	797
IV. Sachverständige	800
C. Durchsuchung	801
D. Beschlagnahme	808
E. Dinglicher Arrest	809
F. Untersuchungshaft	810
 Kapitel 10. Vorgehensweisen der Ermittlungsbehörden	815
A. Stichwort: Ermittlungsmethode »Bottom-up«	815
B. Stichwort: Ermittlungsmethode »Top-down«	816
 Kapitel 11. Der Ablauf eines typischen Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens	820
A. Das Ermittlungsverfahren	820
B. Das Zwischenverfahren	828
C. Das Hauptverfahren	830
 Kapitel 12. Auswirkungen eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens auf Mitarbeiter und Unternehmen	833
A. Negative Publizität – ein Kapitel für sich	836
I. Ausgangslage	836
II. Öffentlichkeits- und Medienarbeit	843
B. Schutzinstrumente gegen Mediendruck	847
I. Standesrechtliche Beschränkungen	848
II. Strafrechtliche Sanktionsnormen	850
C. Innerbetriebliche Auswirkungen	856
 Kapitel 13. Vorbeugende Maßnahmen	860
A. Aus Unternehmenssicht	861
B. Überlegungen des Staatsanwalts zur Durchführung einer Durchsuchungshandlung	866

Inhaltsverzeichnis

C. Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen	869
I. Rechtsbehelfe bei der Durchsuchung	869
II. Rechtsbehelfe bei Beschlagnahmemaßnahmen	871
D. Durchsuchung und Beschlagnahme im Unternehmen – Überblick der Eckdaten und aktuellen Rechtsprechung	872
I. Häufigkeit	872
II. Grundsätze der Durchsuchung	872
III. Das deutsche Strafverfahrensrecht kennt zwei Formen der Durchsuchung:	873
IV. Anfangsverdacht – Was ist das?	873
V. Auslöser von Strafverfahren	875
VI. Durchsuchungen in einem Unternehmen sind im Verlauf eines Strafverfahrens immer möglich.	877
VII. Intentionen der Zwangsmaßnahmen »Durchsuchung« und »Beschlagnahme« sind:	877
VIII. Herausgabepflicht (§ 95 StPO)	877
IX. Durchsuchung und Verfassung	877
X. Grundmaxime der Durchsuchung ist deren Verhältnismäßigkeit	880
XI. Inhalt des Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses	880
XII. Gerichtlich angeordnete Durchsuchung ohne anwesenden Richter oder Staatsanwalt	881
XIII. Anwesenheitsrecht (§ 106 StPO)	881
XIV. ACHTUNG! Änderung der Rechtslage seit dem 1. September 2004 bei der Durchsicht von Unterlagen!	882
XV. Bei der Mitnahme von Unterlagen, die die Ermittlungspersonen bei der Durchsuchung gefunden haben, handelt es sich regelmäßig um eine vorläufige Maßnahme, allgemein Sicherstellung genannt.	882
XVI. Es muss also unterschieden werden zwischen Durchsicht und endgültiger Beschlagnahme. Zur Abgrenzung führt das Bundesverfassungsgericht aus:	883
XVII. Beschlagnahme (Definition)	883
XVIII. Rückholungspflicht beschlagnahmter Sachen durch den Betroffenen?	883
XIX. Ort der Rückgabe beschlagnahmter Sachen	884
XX. Wer darf Durchsuchungen anordnen?	884
XXI. Welcher Richter ist für die Anordnung zuständig?	885
XXII. Eine Ausnahme gilt bei Gefahr im Verzug. Dann kann unter bestimmten	885
XXIII. Dokumentation der Anordnung einer Durchsuchung (§ 105 Absatz 1 StPO)	886
XXIV. Anordnungsformen	886
XXV. Was, wenn der Richter die Durchsuchungsanordnung verweigert?	887
XXVI. Die Gerichte müssen einen richterlichen Bereitschaftsdienst (§ 22c Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)) vorhalten (BVerfGE NJW 2002, 3161; PStR 2005, 127; Hofmann NStZ 2003, 230)	887
XXVII. Anordnung einer wiederholten Durchsuchung (herrschende Meinung)	887
XXVIII. Zeitliche Gültigkeit einer Durchsuchungsanordnung	888
XXIX. Beweisverwertungsverbot	888
XXX. Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und/oder Beschlagnahmeanordnung, hier: Beschwerde nach § 304 StPO	891
XXXI. Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und/oder Beschlagnahmeanordnung, hier: Antrag auf richterliche Entscheidung nach § 98 Absatz 2 Satz 2 StPO analog	891
XXXII. Beschwerde begründet, wenn die Anordnung (der Durchsuchung bzw. Beschlagnahme) rechtswidrig ist, wenn diese also beispielsweise nicht erhält:	891
XXXIII. Verfassungsbeschwerde	892
XXXIV. Das betriebliche Muss: Der Verhaltensplan für den »Fall der Fälle«	892
Kapitel 14. Criminal Compliance und vom Unternehmen veranlasste Untersuchungen.	893
A. Vorbemerkung	894
B. Ein Blick zurück	894

C. Die den Compliance-Boom auslösende Siemens-Affäre	897
I. In Deutschland	897
II. In den USA	898
D. Der US-amerikanische Hintergrund für Criminal Compliance	900
I. Strafbarkeit von Unternehmen	900
II. U.S. Federal Sentencing Guidelines	900
III. Die Erläuterungen zum »FCPA«	901
IV. Prüfung von Compliance-relevanten Gesichtspunkten	901
V. Compliance und Strafzumessung	902
E. Criminal Compliance in Deutschland	902
I. Die Ausgangsposition	902
II. Das vorhandene Instrumentarium	904
III. § 130 OWiG – Die deutsche Compliance-Grundlage	904
IV. Anregungen durch anglo-amerikanische Compliance-Vorgaben	907
F. Criminal Compliance: Warum?	908
I. Motivvielfalt	908
II. Präventiver und repressiver Einsatz	908
III. Beauftragung externer Experten	909
IV. Der sogenannte »Unternehmensanwalt«	910
G. Compliance-Systeme	911
I. Bestandsaufnahme	913
II. Reaktion	917
H. Criminal Compliance-Maßnahmen	920
I. Whistleblowing	920
II. Monitoring	923
III. Mitarbeiter-Screening	923
IV. Anhörung (Auditing)	925
V. Chinese Wall	925
I. Sogenannte »Interviews« im Rahmen interner Vernehmungen	925
I. Der Verfahrensablauf des »Interviews«	926
II. Kooperation oder Konfrontation – Das »Amnestie«-Angebot	926
III. Beschlagnahme und Verwertung von schriftlichen Interview-Protokollen	937
IV. In Deutschland ansässiges Unternehmen beauftragt deutsche Rechtsanwälte mit interner Untersuchung. Deren Untersuchungsunterlagen werden durch Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.	940
V. Ein in Deutschland ansässiges Unternehmen beauftragt einen ausländischen »Rechtsanwalt« mit interner Untersuchung. Die dabei angefertigten Unterlagen werden von der deutschen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Kein Beschlagnahme- und Verwertungsverbot nach Ansicht der Rechtsprechung	952
J. Rückblick und Zusammenfassung	955
I. Rückblick	955
II. Zusammenfassung	957
 Kapitel 15. Schlussbetrachtung	 960
 Stichwortverzeichnis	 969
Besprochene Rechtsfälle	981